

Art. 2. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} décembre 2007.

Art. 3. Notre Ministre des Affaires sociales et de la Santé publique est chargée de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 6 mai 2009.

ALBERT

Par le Roi :

La Ministre des Affaires sociales et de la Santé Publique,
Mme L. ONKELINX

Art. 2. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 december 2007.

Art. 3. Onze Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 6 mei 2009.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid,
Mevr. L. ONKELINX

GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 2085

[2009/202406]

27. APRIL 2009 — Programmdekret 2009

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Kulturelle angelegenheiten*

Artikel 1 - Informationszentren.

In Artikel 16 § 1 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Anerkannte Informationszentren, die einen Leistungsauftrag mit der Regierung abgeschlossen haben, werden in die Bezuschussungskategorie III eingestuft.»

Art. 2 - Personalkosten.

In Artikel 10 § 4 Absatz 2 des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 1998, wird die Wortfolge "§ 1" durch die Wortfolge "§§ 2 und 3" ersetzt.

Art. 3 - Freiluftklassen.

In das Sportdekret vom 19. April 2004 wird ein Artikel 26.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 26.1 - Freiluftklassen.

§ 1 - Schulen und Elternvereinigungen können für die Organisation und die Durchführung von Freiluftklassen einen Zuschuss erhalten, wenn:

1. die Freiluftklasse mindestens drei aufeinanderfolgende Tage dauert und täglich mindestens fünf Stunden Sport- und Spielaktivitäten einschließlich einer halben Stunde Vor- und einer halben Stunde Nachbereitung vorsieht;

2. die Betreuer und Teilnehmer gegen Unfälle aller Art und durch eine Haftpflicht für Schäden an Drittpersonen versichert sind;

3. außer den Betreuern mindestens zehn Personen aktiv an der Freiluftklasse teilnehmen.

§ 2 - Der Zuschuss für Freiluftklassen wird nach folgender Berechnungsmethode ermittelt:

2 EUR × Anzahl Teilnehmer × Dauer in Tagen.»

Art. 4 - Sportlager.

In demselben Dekret wird Artikel 27 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 27 - Sportlager.

§ 1 - Gemeinden, Sportvereine, Sportfachverbände, lokale Sporträte und Organisationen mit sportlicher Ausrichtung sowie kommunale beratende Ausschüsse für Kinderbetreuung können für die Organisation und die Durchführung von Sportlagern einen Zuschuss erhalten, wenn:

1. das Sportlager im deutschen Sprachgebiet organisiert wird;

2. das Sportlager mindestens drei aufeinanderfolgende Tage dauert und täglich mindestens fünf Stunden Sport- und Spielaktivitäten einschließlich einer halben Stunde Vor- und einer halben Stunde Nachbereitung vorsieht;

3. der Lagerplatz ausreichende Sicherheitsgarantien bietet und mit angemessenen Spiel- und Sportanlagen ausgestattet ist;

4. die Betreuer und Teilnehmer gegen Unfälle aller Art und durch eine Haftpflicht für Schäden an Drittpersonen versichert sind;

5. außer den Betreuern mindestens zehn Personen aktiv am Sportlager teilnehmen;
6. pro Gruppe von mindestens zehn Teilnehmern ein Betreuer zur Verfügung steht;
7. der Sportlagerleiter der Kategorie A oder B angehört.

§ 2 - Die Betreuer eines Sportlagers werden je nach ihrer sportlichen Qualifikation in eine der folgenden Kategorien eingestuft:

1. Kategorie A: Übungsleiter Breitensport Stufe III, Lizenciat oder Mittelschullehrer in Leibeserziehung, Trainer A, Inhaber eines von der Regierung als gleichwertig anerkannten Diploms;
2. Kategorie B: Übungsleiter Breitensport Stufe II, Trainer B, Fachlehrer in Leibeserziehung in den Primarschulen, Grundschullehrer, Kindergartenlehrer;
3. Kategorie C: Übungsleiter Breitensport Stufe I, Inhaber eines Grundausbilderdiplooms, Inhaber eines Jugendanimatorenscheins der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. Kategorie D: Helfer ohne Diplom.

§ 3 - Der Zuschuss für Sportlager ist wie folgt aufgliedert:

1. ein Grundzuschuss gemäß § 4 und
2. ein Zuschuss für die Entschädigungen der Betreuer des Sportlagers gemäß § 5, nachstehend als "variabler Zuschuss" bezeichnet.

§ 4 - Der Grundzuschuss wird nach folgender Berechnungsmethode ermittelt:

$0,25 \text{ EUR} \times \text{Anzahl Teilnehmer} \times \text{Dauer in Tagen}$.

§ 5 - Der variable Zuschuss beträgt 50% der nach folgender Berechnungsmethode ermittelten Entschädigung dieser Betreuer:

$\text{Dauer in Tagen} \times \text{Anzahl Stunden} \times \text{Mindestsatz der Betreuer}$.

Als Mindestsatz der Betreuer im Sinne des vorhergehenden Absatzes gilt:

1. für Betreuer der Kategorie A: 13 EUR;
2. für Betreuer der Kategorie B: 11 EUR;
3. für Betreuer der Kategorie C: 9 EUR;
4. für Betreuer der Kategorie D: 6 EUR.

Sportlagerleiter erhalten 3 EUR/Stunde zusätzlich zum Mindestsatz der Kategorie A beziehungsweise B.

§ 6 - Wenn den Betreuern die Mindestsätze ausgezahlt werden, ergibt sich der Gesamtzuschuss für Sportlager aus der Addition des Grundzuschusses und des variablen Zuschusses. Zahlt der Antragsteller diese Mindestsätze nicht aus, wird der Gesamtzuschuss für Sportlager auf 60% begrenzt.»

Art. 5 - Leistungszentren.

Artikel 17 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 17 - Leistungszentren.

Die Leistungszentren erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben jährlich einen Zuschuss von maximal 80% der annehmbaren Kosten. Die Bezuschussung wird je nach den zu erfüllenden Qualitätsnormen im Rahmen der in Artikel 10 § 2 erwähnten Vereinbarung festgelegt.»

Art. 6 - Sportschützen.

Artikel 3 des Dekretes vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen wird um zwei Spiegelstriche mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«— ein durch den Gouverneur einer belgischen Provinz ausgehändigtes Dokument, das den Besitz einer nach dem Waffengesetz erlaubnispflichtigen Feuerwaffe erlaubt;

— eine Tageskarte gemäß Artikel 5 Absatz 3 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 13. Juli 2000 zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung von Schießständen.»

Art. 7 - Verschönerungs- und Verkehrsvereine.

Artikel 8 des Dekretes vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen wird wie folgt abgeändert:

1. nach dem Wort "kann" wird die Wortfolge "einem Dachverband," eingefügt;

2. nach dem Wort "wenn" wird die Wortfolge "der Dachverband beziehungsweise" eingefügt.

Art. 8 - Gästezimmer und Bed and Breakfast.

Der Titel des Dekretes vom 23. November 1992 über Ferienwohnungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, wird um die Wortfolge "Gästezimmer und Bed and Breakfast" ergänzt.

Art. 9 - Gästezimmer und Bed and Breakfast.

Im selben Dekret wird das Wort "Exekutive" jeweils durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 10 - Gästezimmer und Bed and Breakfast.

In Artikel 1 desselben Dekretes werden die Nummern *1bis* und *1ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«*1bis*. "Gästezimmer": ein oder mehrere möblierte Zimmer, die keine Ferienwohnungen sind, im Wohnhaus und am Verbleib des Antragstellers gelegen, zum Zwecke der Vermietung an Touristen. Pro Antragsteller dürfen nicht mehr als fünf Gästezimmer betrieben werden;

1ter. "Bed and Breakfast": ein oder mehrere möblierte Zimmer, die keine Ferienwohnungen sind, zum Zwecke der Vermietung an Touristen. Pro Besitzer dürfen nicht mehr als fünf Unterkünfte "Bed and Breakfast" betrieben werden.»

Art. 11 - Gästezimmer und Bed and Breakfast.

In Artikel 2 desselben Dekretes werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in Absatz 1 wird nach dem Wort "Ferienwohnung" die Wortfolge "beziehungsweise "Gästezimmer", "Bed and Breakfast" eingefügt;

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "umfasst deren" durch die Wortfolge "beziehungsweise als Gästezimmer oder Bed and Breakfast umfasst die" ersetzt.

Art. 12 - Gästezimmer und Bed and Breakfast.

Artikel 5 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. nach dem Wort ""Ferienwohnung"" wird die Wortfolge ",beziehungsweise "Gästezimmer" oder "Bed and Breakfast"" eingefügt;

2. die Wortfolge "26 und 1 000 belgischen Franken" wird durch die Wortfolge "26 und 1.000 EUR" ersetzt.

Art. 13 - Gästezimmer und Bed and Breakfast.

Artikel 6 desselben Dekretes wird mit folgendem Wortlaut wieder eingeführt:

«Artikel 6 - Ab dem 1. Januar 2015 hat jede Ferienwohnung, jedes Gästezimmer und jedes Bed and Breakfast über einen Sicherheitsbescheid zu verfügen. Antragsteller, die ihren Antrag auf Anerkennung nach dem 1. Januar 2014 stellen, verfügen über eine Frist von einem Jahr, um einen Sicherheitsbescheid einzuholen. Das Nähere legt die Regierung fest.»

Art. 14 - BRF.

In das Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird in Kapitel I ein neuer Artikel 7.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 7.1 - Die Regierung verbürgt sich im Sinne des Artikels 138 des Gesetzes vom 27. Oktober 2006 über die Kontrolle der Einrichtungen der beruflichen Altersversorgung für die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich hinsichtlich der Bildung der gesetzlichen Pensionen aus der Altersversorgungsregelung des BRF ergeben.»

KAPITEL II — Beschäftigung und Personenbezogene angelegenheiten

Art. 15 - Wirtschafts- und Sozialrat.

In Artikel 2 des Dekretes vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«5. Berichte, Untersuchungen und Empfehlungen zu allen Aspekten, die mit der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt in Zusammenhang stehen, zu verfassen.»

Die durch Absatz 1 vorgenommene Änderung dient der Vervollständigung der Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft;

2. Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf;

3. Richtlinie 2002/73/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen.

Art. 16 - Arbeitsamt.

In Artikel 7 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein § 3bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 3bis - Ohne Beeinträchtigung der Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates verliert eine vorschlagsberechtigte Organisation oder Einrichtung ihr Mandat beziehungsweise ihre Mandate bis zum Ende der laufenden Mandatszeit des Verwaltungsrates, wenn sie innerhalb der festgelegten Frist weder einen gemeinsamen, noch einen einzelnen Vertreter für das zu besetzende Mandat beziehungsweise die zu besetzenden Mandate gemäß § 2 bei der Regierung vorgeschlagen hat.»

Art. 17 - Arbeitsbeschaffende Maßnahmen.

In Artikel 93 Absatz 2 des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988 wird in die Aufzählung ein Punkt c) mit folgendem Text eingefügt:

«c) die Handelsgesellschaften mit Rechtspersönlichkeit sowie die natürlichen Personen, die eine selbstständige, kommerzielle Tätigkeit ausüben.»

Art. 18 - Auftrag an die Regierung.

In Artikel 94 § 1 desselben Programmgesetzes wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Die Regierung legt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialrates die Kategorien von Handelsgesellschaften oder von Arbeitgebern bestimmter Aktivitätssektoren fest, die von der Gewährung der Prämie ausgeschlossen sind.»

Art. 19 - Arbeitsbeschaffende Maßnahmen.

Artikel 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter dem Begriff "lokale Behörden": die Gemeinden, die Gemeindevereinigungen, außer denen, die eine wirtschaftliche Zielsetzung verfolgen, die autonomen Gemeinderegionen, die im Kultur-, Sport-, Tourismus- oder Freizeitbereich, im Unterrichtswesen, im sozialen, im wissenschaftlichen oder im Pflegebereich tätig sind, die Öffentlichen Sozialhilfezentren, die Vereinigungen von Öffentlichen Sozialhilfezentren und die interkommunalen Sozialhilfezentren.»

Art. 20 - Arbeitsbeschaffende Maßnahmen.

Artikel 4 § 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses Nr. 474 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. das bezuschusste Vertragspersonal seine Tätigkeiten im nicht-kommerziellen Sektor, so wie er in Artikel 1 des Königlichen Erlasses Nr. 25 vom 24. März 1982 zur Einrichtung eines Programms zur Förderung der Beschäftigung im nicht-kommerziellen Sektor definiert ist, oder in einer autonomen Gemeinderegierung ausübt, die im Kultur-, Sport-, Tourismus- oder Freizeitbereich, im Unterrichtswesen, im sozialen, im wissenschaftlichen oder im Pflegebereich tätig ist.»

Art. 21 - Gesundheitsförderung.

§ 1 - Der Titel des Dekretes vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung, abgeändert durch die Dekrete vom 21. März 2005 und vom 25. Juni 2007, wird wie folgt ergänzt: "und zur medizinischen Prävention".

§ 2 - In Artikel 1 Absatz 1 desselben Dekretes wird die Wortfolge "und die medizinische Prävention" zwischen das Wort "Gesundheitsförderung" und die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" eingefügt.

In Artikel 1 wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Unter medizinischer Prävention versteht man operationelle Strategien mit dem Ziel, die Krankheit oder deren Entwicklung zu vermeiden und die Risikogruppe schnellstmöglich zu erfassen.»

§ 3 - Nach Artikel 1 wird ein neuer Kapiteltitle mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Kapitel *Ibis* — Gesundheitsförderung»

§ 4 - In dasselbe Dekret wird ein neues Kapitel *Ibis*, das den Artikel 10.1 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Kapitel *Ibis* — medizinische Prävention

Artikel 10.1 - § 1 - Die Regierung kann spezialisierte Einrichtungen der medizinischen Prävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkennen und fördern. Im Auftrag der Regierung können spezialisierte Einrichtungen außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft Aufgaben in der medizinischen Prävention für die Deutschsprachige Gemeinschaft übernehmen.

§ 2 - Die Regierung legt das Verfahren und die Bedingungen zur Anerkennung und Förderung der in § 1 erwähnten Einrichtungen fest. Die Anerkennungsbedingungen beziehen sich insbesondere auf die Ausrüstung, die technischen Voraussetzungen, die Qualifikation des Personals und die Qualitätskriterien zur Durchführung der Maßnahmen.»

KAPITEL III — Infrastruktur

Art. 22 - Contracting.

In das Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002, abgeändert durch die Dekrete vom 3. Februar 2003, 1. März 2004, 17. Mai 2004, 21. März 2005, 20. Februar 2006, 25. Juni 2007, 17. März 2008 und vom 23. Juni 2008, wird ein neuer Artikel *3ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *3ter* - Contracting.

Wenn ein Antragsteller eine Contractingmaßnahme abgeschlossen hat, kann die Regierung im Rahmen einer Vereinbarung bis zu 30% der Rückzahlungsraten übernehmen. Der Antragsteller hat dann für diese Maßnahme kein Anrecht auf andere Infrastrukturzuschüsse.»

Art. 23 - Antragsteller.

In Artikel 11 Absatz 2 desselben Dekretes wird eine neue Nummer 11 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«11. die Träger von Betreuungsangeboten im Sinne des Dekretes vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime.»

Art. 24 - Baustellenkontrolle.

In Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 1. März 2004 und vom 21. März 2005, wird der Betrag "400.000 EUR" durch den Betrag "500.000 EUR" ersetzt.

Art. 25 - Garantie der Gemeinschaft.

In Artikel 27 Nummer 4 desselben Dekretes wird die Wortfolge "mindestens 0,5%" ersatzlos gestrichen.

Art. 26 - Einrichtung von behindertengerecht gestalteten Mietwohnungen.

Artikel 42 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 42 - Einrichtung von behindertengerecht gestalteten Mietwohnungen.

Der Zuschuss für die besonderen Kosten, die aus der Einrichtung von Mietwohnungen entstehen, die den von der Regierung in Anwendung von Artikel 7 Nummer 5 erlassenen Vorschriften entsprechen, ist auf maximal 15.000 EUR begrenzt.»

Art. 27 - Krankenhäuser.

Artikel *48bis* desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel *48bis* - Übergangsbestimmung Krankenhäuser.

In Abweichung von Artikel 21 § 2 des vorliegenden Dekretes können vor dessen Inkrafttreten begonnene Arbeiten an den Krankenhäusern der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst werden, wenn diese in einer der Aktualisierungen der Vereinbarung vom 10. Juli 1997 zwischen der Regierung, der Klinik Sankt Joseph Sankt Vith und dem Sankt Nikolaus Hospital Eupen betreffend Baumaßnahmen an beiden Krankenhäusern geregelt werden.»

KAPITEL IV — *Verschiedene Bestimmungen*

Art. 28 - Aufsicht über die Kirchenfabriken.

Artikel 7 des Dekretes vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes wird um die Wortfolge "sowie des Kirchenfabrikates" ergänzt.

Art. 29 - Gemeinschaftszentren.

Artikel 8bis Absätze 1 und 2 des Dekretes vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken", eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, werden durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ersetzt:

«Die Dienststelle führt die Geschäfte des "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken", des Zentrums "Heidbergkloster, Haus Ternell und Wesertalsperre" und des "Kultur-, Burg- und Begegnungszentrums Burg-Reuland".»

Art. 30 - Elektronische Formulare.

Ein elektronisches Formular der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit seinen eventuellen Anlagen, das gemäß den von der Regierung bestimmten Modalitäten und Bedingungen ausgefüllt, für gültig erklärt und übermittelt wird, wird dem Papierformular mit derselben Überschrift, das gemäß den Dekrets- und Verordnungsbestimmungen ausgefüllt, unterzeichnet und der betroffenen Verwaltung übermittelt wird, gleichgestellt.

KAPITEL V — *Schlussbestimmungen*

Art. 31 - Aufhebende Bestimmungen.

Sind für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben:

1. Artikel 7 §§ 6 bis 8 des Gesetzlasses vom 28. Dezember 1944 bezüglich der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer und die diesbezüglichen Ausführungserlasse;
2. der Königliche Erlass vom 28. November 1975 über den Betrieb privater kostenpflichtiger Arbeitsvermittlungsbüros;
3. der Ministerialerlass vom 1. Dezember 1975 zur Ausführung des Königlichen Erlasses vom 28. November 1975 über den Betrieb privater kostenpflichtiger Arbeitsvermittlungsbüros;
4. Abschnitt III mit den Artikeln 44 bis 52 des Kapitels I des Titels II des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1963 über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Art. 32 - Inkrafttreten.

Die Artikel 3 bis 7, 15 und 25 des vorliegenden Dekretes treten mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

Die Artikel 17, 18 und 31 treten am Tage der Verabschiedung des vorliegenden Dekretes in Kraft.

Vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft angenommen.

Eupen, den 27. April 2009

Stephan THOMAS,

Greffier.

Louis SIQUET,

Präsident.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, 27. April 2009

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES,

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH,

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS,

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2008-2009

Nummerierte Dokumente:

145 (2008-2009) Nr. 1 Dekretvorschlag.

145 (2008-2009) Nrn. 1-8 Abänderungsvorschläge.

145 (2008-2009) Nr. 9 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 27. April 2009 - Nr. 12 (2008-2009) Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2009 — 2085

[2009/202406]

27 AVRIL 2009. — Décret Programme 2009

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté le texte suivant et nous, Gouvernement, sanctionnons :

CHAPITRE I^{er}. — *Affaires culturelles***Article 1^{er}.** Infocentres.

A l'article 16, § 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes un paragraphe 2 est ajouté portant formulation suivante :

« Les infocentres reconnus, qui ont passé un contrat de services avec le Gouvernement, sont inscrits dans la catégorie III de subventionnement. »

Art. 2. Frais de personnel.

A l'article 10, § 4, point 2 du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus, remplacé par le décret du 14 décembre 1998, les termes "§ 1^{er}" sont remplacés par les termes "§§ 2 et 3".

Art. 3. Classes de plein air.

Dans le décret du 19 avril 2004 sur le sport, un article 26.1 formulé comme suit est ajouté :

« Article 26.1. Classes de plein air.

§ 1^{er}. Les écoles et associations de parents peuvent obtenir subventionnement pour l'organisation et la mise en place de classes de plein air à condition que :

1. Lesdites classes de plein air durent au moins trois jours consécutifs et comprennent au moins cinq heures de sport et d'activités ludiques par jour, en ce incluses une demi-heure de préparation avant activités et une demi-heure d'approfondissement après activités;

2. Les accompagnants et les participants soient dûment assurés contre tous types d'accidents et en responsabilité civile vis-à-vis des tiers;

3. Outre les accompagnants, au moins dix personnes participent activement aux classes de plein air.

§ 2. Le subventionnement des classes de plein air est octroyé selon la méthode de calcul suivante :

2 EUR × nombre de participants × nombre de jours de classes de plein air. »

Art. 4. Camps sportifs.

Dans ce même décret, l'article 27 est remplacé par les dispositions suivantes :

« Article 27. Camps sportifs.

§ 1^{er}. Les communes, clubs sportifs, fédérations sportives, conseils sportifs locaux et organisations à vocation sportive ainsi que les commissions consultatives communales en matière d'accueil d'enfants peuvent obtenir un subside pour l'organisation et la mise en œuvre de camps sportifs :

1. Lorsque le camp est organisé en communauté germanophone;

2. Lorsque le camp dure au moins trois jours consécutifs et que sont prévues au moins cinq heures d'activités sportives et ludiques par jour, en ce incluses une demi-heure de préparation avant activités et une demi-heure d'approfondissement après activités;

3. Lorsque le site choisi pour le camp offre suffisamment de garanties en matière de sécurité et est équipé d'installations de sport et de jeu adéquates et suffisantes;

4. Lorsque le personnel d'encadrement et les participants sont assurés contre les accidents de toute nature et disposent d'une assurance en responsabilité civile pour dommages aux tiers;

5. Lorsque 10 participants au moins, en dehors du personnel d'encadrement, prennent part activement au camp;

6. Lorsqu'il y a un membre du personnel d'encadrement par groupe d'au moins 10 participants;

7. Lorsque le responsable du camp sportif appartient au moins aux catégories A ou B.

§ 2. Le personnel d'encadrement d'un camp sportif est classé, selon sa qualification sportive, dans l'une des catégories suivantes :

1. catégorie A : directeur de camp de vacances de la classe III, licencié ou régent en éducation physique, entraîneur A, titulaire d'un diplôme reconnu comme équivalent par le Gouvernement;

2. catégorie B : directeur de camp de vacances de la classe II, entraîneur B, maître spécial d'éducation physique pour les écoles primaires, gardiennes et pré-gardiennes;

3. catégorie C : directeur de camp de vacances de la classe I, titulaire d'un diplôme d'instituteur primaire, titulaire d'un diplôme de moniteur en animation pour jeunes de la Communauté germanophone;

4. catégorie D : assistant non diplômé.

§ 3. Le subside pour camps sportifs est calculé comme suit :

1. un subside de base conformément au § 4 et

2. une indemnité pour le personnel d'encadrement du camp sportif conformément au § 5, ci-après nommé "subside variable".

§ 4. Le subside de base est calculé selon la méthode suivante :

0,25 EUR × nombre de participants × nombre de jours.

§ 5. Le subside variable représente 50 % de l'indemnité pour le personnel d'encadrement calculée selon de la méthode de calcul suivante :

nombre de jours × nombre d'heures × taux minimum appliqué à l'accompagnateur.

Le taux minimum appliqué à chaque accompagnateur membre du personnel d'encadrement au sens du paragraphe précédent est le suivant :

1. pour le personnel d'encadrement de Catégorie A : 13 EUR;
2. pour le personnel d'encadrement de Catégorie B : 11 EUR;
3. pour le personnel d'encadrement de Catégorie C : 9 EUR;
4. pour le personnel d'encadrement de Catégorie D : 6 EUR.

Les directeurs de camps sportifs reçoivent un supplément de 3 EUR/par heure en plus du taux minimum de la catégorie A ou B.

§ 6. Lorsque le personnel d'accompagnement est payé au prorata des taux minimaux, le subside total du camp sportif est calculé par l'addition du subside de base et du subside variable. Si le demandeur ne paie pas le taux minimum à son personnel d'encadrement, le subside total du camp sportif sera limité à 60 % du maximum. »

Art. 5. Centres de compétition.

L'article 17 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Article 17. Centres de compétition.

Les centres de compétition reçoivent, pour l'accomplissement de leurs tâches, un subside annuel de 80 % maximum de leurs frais éligibles. Le subventionnement est déterminé selon les normes de qualité à remplir dans le cadre de la convention mentionnée à l'article 10, § 2.

Art. 6. Tireurs sportifs.

L'article 3 du décret du 20 novembre 2006 sur le statut des tireurs sportifs est complété par deux tirets supplémentaires libellés comme suit :

« — un document délivré par le Gouverneur de l'une des provinces belges, qui permet la possession de l'une des armes à feu autorisées par la loi sur les armes et exigeant un permis de port d'arme;

— une carte journalière conformément à l'article 5, § 3, n° 1 de l'arrêté royal du 13 juillet 2000 déterminant les conditions d'agrément des stands de tir. »

Art. 7. Comités d'embellissement et syndicats d'initiative.

L'article 8 du décret du 17 février 2003 relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faitières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information est amendé comme suit :

1. après le mot "peut octroyer à", les termes "une association faitière" sont ajoutés;
2. après le mot "si", les termes "l'association faitière, voire" sont ajoutés.

Art. 8. Chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast".

Le titre du décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances, modifié en dernière instance par le décret du 1^{er} mars 2004, est complété par les termes suivants : "chambres d'hôtes et Bed and Breakfast".

Art. 9. Chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast".

Dans le même décret, le terme "Exécutif" est remplacé par le terme "Gouvernement".

Art. 10. Chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast".

A l'article 1^{er} du même décret, les articles portant numérotation *1bis* et *1ter* sont ajoutés et formulés comme suit :

« *1^{er}bis*. "Chambre d'hôtes" : une ou plusieurs chambres meublées, qui ne sont pas des habitations de vacances, situées dans l'habitation ou la résidence du demandeur et destinées à être louées aux touristes. Chaque demandeur ne peut exploiter plus de 5 chambres d'hôtes;

1^{er}ter. "Bed and Breakfast" : une ou plusieurs chambres meublées, qui ne sont pas des habitations de vacances, destinées à être louées aux touristes. Le propriétaire ne peut exploiter plus de cinq "Bed and Breakfast" à la fois; »

Art. 11. Chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast".

Les modifications suivantes sont apportées à l'article 2 du même décret :

1. au § 1^{er}, après les termes "habitation de vacances", sont ajoutés les termes "voire une chambre d'hôtes ou un Bed and Breakfast";
2. au § 2, le terme "comprend" est remplacé par la formulation suivante : "voire comme chambre d'hôtes ou Bed and Breakfast comprend".

Art. 12. Chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast".

L'article 5 du même décret est amendé comme suit :

1. Après les termes "habitations de vacances", les termes "chambres d'hôtes et Bed and Breakfast" sont ajoutés;
2. les termes "26 et 1 000 francs belges" sont remplacés par "26 et 1.000 EUR".

Art. 13. Chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast".

L'article 6 du même décret est réintroduit moyennant reformulation suivante :

« Article 6. A partir du 1^{er} janvier 2015, chaque habitation de vacances, chambre d'hôtes ou Bed and Breakfast devra être porteur d'une certification de sécurité. Les demandeurs qui introduiront leur demande de certification après le 1^{er} janvier 2014, auront un délai d'un an pour obtenir leur certification sécurité. Le Gouvernement sera chargé de préciser plus avant les détails de ladite certification. »

Art. 14. BRF.

Dans le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone un nouvel article 7.1 est ajouté au chapitre I^{er} et libellé comme suit :

« Article 7.1. Le Gouvernement se porte garant, au sens de l'article 138 de la loi du 27 octobre 2006 relative au contrôle des institutions de retraite professionnelle, du respect des engagements qui lui reviennent eu égard à la constitution de retraites légales issues des règles de pensions établies pour la BRF. »

CHAPITRE II. — *Emploi et questions liées à la personne***Art. 15.** Conseil économique et social.

A l'article 2 du décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone, un 5^o point est ajouté et libellé comme suit :

« 5^o De produire des rapports, études et recommandations sur tous les aspects liés aux questions de discrimination sur le marché de l'emploi. »

L'amendement introduit par le premier paragraphe du présent article 15 a pour but d'assurer la pleine transposition des directives suivantes :

1. Directive 2000/43/CE du Conseil du 29 juin 2000 relative à la mise en œuvre du principe d'égalité de traitement des personnes sans distinction de race ou d'origine ethnique;

2. Directive 2000/78/CE du Conseil du 27 novembre 2000 portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi et de travail;

3. Directive 2002/73/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 septembre 2002 modifiant la Directive 76/207/CE du Conseil relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre hommes et femmes en ce qui concerne l'accès à l'emploi, à la formation et à la promotion professionnelle, et aux conditions de travail.

Art. 16. Office de l'emploi.

A l'article 7 du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, un § 3*bis* libellé comme suit est ajouté :

« § 3*bis*. Sans préjudice des compétences décisionnelles du Comité de gestion, une organisation ou structure représentative perd son ou ses mandat(s) jusqu'à l'échéance du mandat actuel du Comité de gestion, si elle n'a, dans les délais prévus à cet effet, proposé au Gouvernement ni un représentant commun, ni un représentant individuel pour le ou les mandat(s) à couvrir conformément au § 2. »

Art. 17. Mesures de création d'emploi.

A l'article 93, § 2, de la loi programme du 30 décembre 1988, un point *c*) est ajouté à l'énumération et libellé comme suit :

« *c*) les sociétés commerciales portant statut de personnes morales, ainsi que les personnes physiques, qui exercent une activité commerciale et indépendante. »

Art. 18. Mission du Gouvernement.

A l'article 94, § 1^{er} de cette même loi programme, un § 5 libellé comme suit est ajouté :

« § 5. Après avoir entendu le Conseil économique et social, le Gouvernement fixe les catégories de sociétés commerciales ou d'employeurs de certains secteurs d'activités, qui sont exclues de l'octroi de la prime. »

Art. 19. Mesures de création d'emploi.

L'article 1^{er}, § 1^{er} de l'arrêté royal n^o 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'Etat auprès de certains pouvoirs locaux est remplacé par le libellé suivant :

« Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par "pouvoirs locaux" : les communes, les associations de communes sauf celles à finalité économique, les régies communales autonomes actives dans les secteurs de la culture, des sports, du tourisme, des loisirs, de l'enseignement, de l'aide sociale, des sciences et des soins, les centres publics d'aide sociale, les associations de centres publics d'aide sociale et les centres intercommunaux d'aide sociale. »

Art. 20. Mesures de création d'emploi.

L'article 4, § 1^{er}, 2. du même arrêté royal n^o 474 est remplacé par le libellé suivant :

« 2. les contractuels subventionnés exercent leurs activités dans le secteur non-marchand tel qu'il est défini à l'article 1^{er} de l'arrêté royal n^o 25 du 24 mars 1982 créant un programme de promotion de l'emploi dans le secteur non-marchand, ou dans une régie communale autonome active dans les secteurs de la culture, des sports, du tourisme, des loisirs, de l'enseignement, de l'aide sociale, des sciences et des soins. »

Art. 21. Promotion de la santé.

§ 1^{er}. Le titre du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé, amendé par les décrets du 21 mars 2005 et du 25 juin 2007, est complété par le libellé suivant : "et à la prévention médicale".

§ 2. A l'article 1^{er}, § 1^{er} du même décret les termes "et la prévention" médicales sont ajoutés entre les termes "promotion de la santé" et "en Communauté germanophone".

A l'article 1^{er}, un § 3 libellé comme suit est ajouté :

« L'on entend par prévention médicale l'ensemble des stratégies opérationnelles dont le but est d'éviter la maladie ou son développement et de cerner, le plus vite possible, les groupes à risque. »

§ 3. Après l'article 1^{er}, un nouveau titre de chapitre est ajouté, libellé comme suit :

« Chapitre I^{er}*bis*. — Promotion de la santé »

§ 4. Dans ce même décret, un nouveau chapitre II*bis*, qui comprend l'article 10.1 est ajouté, libellé comme suit :

« Chapitre II*bis*. — Prévention médicale

Article 10.1. § 1^{er}. Le Gouvernement peut reconnaître et promouvoir des organismes spécialisés de prévention médicale en Communauté germanophone. A la demande du Gouvernement, ces organismes spécialisés peuvent également assumer certaines tâches de prévention médicales au nom de la Communauté germanophone en-dehors de la Communauté germanophone.

§ 2. Le Gouvernement fixe la procédure et les conditions de reconnaissance et de promotion des organismes mentionnés au § 1^{er}. Les conditions de reconnaissance se fondent principalement sur les équipements, les conditions techniques, la qualification du personnel et les critères de qualité liés à la mise en œuvre des mesures de promotion de la santé. »

CHAPITRE III. — *Infrastructure*

Art. 22. Passation de contrats.

Dans le décret relatif à l'infrastructure du 18 mars 2002, amendé par les décrets du 3 février 2002, du 1^{er} mars 2004, du 17 mai 2004, du 21 mars 2005, du 20 février 2006, du 25 juin 2007, du 17 mars 2008 et du 23 juin 2008, un nouvel article 3^{ter} libellé comme suit est ajouté :

« Article 3^{ter}. Passation de contrats.

Lorsqu'un demandeur a conclu une mesure de passation de contrat, le Gouvernement peut, selon un accord cadre, prendre en charge jusqu'à 30 % du remboursement. Le demandeur n'a droit, dans le cadre de cette mesure, à aucune autre subvention en matière d'infrastructure. »

Art. 23. Demandeur.

A l'article 11, § 2, du même décret, un nouveau numéro 11, libellé comme suit, est ajouté :

« 11. Les demandeurs de formules d'accompagnement au sens du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques. »

Art. 24. Contrôle des chantiers.

A l'article 14, § 1^{er} du même décret, tel qu'amendé par les décrets du 1^{er} mars 2004 et du 21 mars 2005, le montant de "400.000 EUR" est remplacé par un montant de "500.000 EUR".

Art. 25. Garantie de la Communauté.

A l'article 27, 4^e, du même décret, les termes "d'au moins 0,5 % par rapport" sont supprimés.

Art. 26. Aménagement de maisons prises en location, intégrées et adaptées aux personnes en chaise roulante.

L'article 42 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Article 42. Aménagement de maisons prises en location, intégrées et adaptées aux personnes en chaise roulante.

Le subside pour les frais particuliers découlant de l'aménagement de maisons prises en location et correspondant aux dispositions édictées par le Gouvernement en application de l'article 7, 5^e, intégrées et adaptées aux personnes en chaise roulante, est plafonné à 15.000 EUR. »

Art. 27. Hôpitaux.

L'article 48^{bis} du même décret, amendé par le décret du 3 février 2003, est remplacé par les dispositions suivantes :

« Article 48^{bis}. Disposition transitoire pour les hôpitaux.

Contrairement aux dispositions de l'article 21, § 2, du présent décret, les travaux commencés avant l'entrée en vigueur dudit décret dans les hôpitaux de la Communauté germanophone peuvent être subventionnés, si ces travaux font partie des mesures de rénovation des deux hôpitaux stipulées dans l'un des textes d'actualisation de l'accord du 10 juillet 1997 entre le Gouvernement, la Clinique Saint-Joseph de Saint-Vith et l'Hôpital Saint-Nicolas d'Eupen. »

CHAPITRE IV. — *Dispositions diverses*

Art. 28. Supervision des fabriques d'églises.

L'article 7 du décret du 20 décembre 2004 organisation la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande est complété par les termes "ainsi que sur le conseil des fabriques d'églises."

Art. 29. Centre communautaire.

L'article 8^{bis}, §§ 1^{er} et 2 du décret du 20 décembre 1999 portant modification du décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken" (Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), introduit par le décret du 3 février 2003 et amendé par décret du 1^{er} mars 2004, est remplacé par un nouveau paragraphe libellé comme suit :

« Le centre communautaire gère les affaires du "Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken", du centre "Heidbergkloster, Maison Ternell et barrage de la Vesdre" et le centre culture, local et de rencontres de Burg-Reuland. »

Art. 30. Formulaire électroniques.

Un formulaire électronique émanant de la Communauté germanophone, accompagné de ses annexes éventuelles, qui est rempli conformément aux modalités et conditions définies par le Gouvernement, est jugé recevable et est transmis à qui de droit, à la même valeur qu'un formulaire papier présentant le même contenu, qui a été rempli conformément aux dispositions des décrets et règlements, a été signé et dûment transmis à l'administration concernée.

CHAPITRE V. — *Dispositions finales*

Art. 31. Abrogations.

Sont abrogés pour la région de langue allemande :

1. l'article 7, §§ 6 à 8 de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs et les arrêts d'exécution y afférant;
2. l'arrêté royal du 28 novembre 1975 relatif à l'exploitation des bureaux de placement privés payants;
3. l'arrêté ministériel du 1^{er} décembre 1975 portant exécution de l'arrêté royal du 28 novembre 1975 relatif à l'exploitation des bureaux de placement privés payants;
4. le § III comprenant les articles 44 à 52 du chapitre I^{er} du titre II de l'arrêté royal du 20 décembre 1963 relatif à l'emploi et au chômage.

Art. 32. Entrée en vigueur.

Les articles 3 à 7, 15 et 25 du présent décret entrent en vigueur et prennent leurs effets le 1^{er} janvier 2009.

Les articles 17, 18 et 31 entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret.

Nous promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 27 avril 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKEMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, du Patrimoine et des Sports

—————
Note

Session 2008-2009.

Références documents :

145 (2008-2009). N° 1. Proposition de décret.

145 (2008-2009). N°s 1-8. Proposition d'amendement.

145 (2008-2009). N° 9. Rapport.

Rapport détaillé : 27 Avril 2009. N° 12 (2008-2009). Discussion et vote.

—————
VERTALING

—————
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 2085

[2009/202406]

27 APRIL 2009. — Programmadecreet 2009

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft het volgende goedgekeurd en wij, Regering, bekrachtigen het :

HOOFDSTUK I. — Culturele aangelegenheden

Artikel 1. Informatiecentra.

In artikel 16, § 1, van het decreet van 14 december 1998 houdende erkenning en subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten wordt een tweede lid met volgende tekst ingevoegd :

« erkende informatiecentra die met de regering een prestatieovereenkomst hebben afgesloten, worden in de subsidiëeringscategorie III ingeschaald. »

Art. 2. Personeelskosten.

In artikel 10, § 4, 2e lid, van het decreet van 23 maart 1992 betreffende toekenning van subsidies voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers en van de jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, vervangen door het decreet van 14 december 1998, wordt de tekst "§ 1" vervangen door de woorden "§§ 2 en 3".

Art. 3. Openluchtclassen.

In het sportdecreet van 19 april 2004 wordt een artikel 26.1 met volgende tekst ingevoegd :

« Artikel 26.1. Openluchtclassen.

§ 1. Scholen en ouderverenigingen kunnen voor de organisatie en doorvoering van openluchtclassen een subsidie krijgen indien :

1. de openluchtklas minstens drie opeenvolgende dagen duurt en dagelijks minstens vijf uur sport- en spelactiviteiten, inclusief een half uur voorbereiding en een half uur nabespreking, voorziet;

2. de begeleiders en deelnemers verzekerd zijn voor ongevallen van welke aard dan ook en, via een burgerlijke aansprakelijkheidsverzekering, voor schade van derden;

3. er buiten de begeleiders minstens tien personen actief aan de openluchtklas deelnemen.

§ 2. De subsidie voor openluchtclassen wordt berekend de hand van volgende methode :

2 euro × aantal deelnemers × duur in dagen. »

Art. 4. Sportkampen.

In datzelfde decreet wordt artikel 27 door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 27. Sportkampen.

§ 1. Gemeenten, sportverenigingen, gespecialiseerde sportverenigingen, lokale sportraden en sportief ingestelde organisaties en gemeentelijke adviescomités inzake kinderopvang kunnen voor de organisatie en de doorvoering van sportkampen een subsidie krijgen indien :

1. het sportkamp in het Duitse taalgebied wordt georganiseerd;

2. het sportkamp minstens drie opeenvolgende dagen duurt en dagelijks minstens vijf uur sport- en spelactiviteiten, inclusief een half uur voorbereiding en een half uur nabespreking, voorziet;

3. de kampeerplaats voldoende veiligheids garanties biedt en uitgerust is met adequate spel- en sportinfrastructuur;
4. de begeleiders en deelnemers verzekerd zijn voor ongevallen van welke aard dan ook en, via een burgerlijke aansprakelijkheidsverzekering, voor schade van derden;
5. er buiten de begeleiders minstens tien personen actief aan de openluchtklas deelnemen;
6. er per groep van minstens tien deelnemers een begeleider ter beschikking staat;
7. de leider van het sportkamp tot de categorie A of B behoort.

§ 2. De begeleiders van een sportkamp worden naar gelang van hun kwalificatie op sportvlak in een van de volgende categorieën ingeschaald :

1. categorie A : monitor breedtesport niveau III, licentiaat of leerkracht middelbaar onderwijs lichamelijke opvoeding, trainer A, houder van een door de Regering gelijkwaardig erkend diploma;
2. categorie B : monitor breedtesport niveau II, trainer B, vakleerkracht lichamelijke opvoeding in basisscholen en kleuter tuinen;
3. categorie C : monitor breedtesport niveau I, houder van een diploma basisopleider, houder van een certificaat jeugdanimator van de Duitstalige Gemeenschap;
4. categorie D : ongeschoolde helpers.

§ 3. De subsidie voor sportkampen is als volgt opgesplitst :

1. een basissubsidie in overeenstemming met § 4 en
2. een subsidie voor de vergoedingen van de begeleiders van het sportkamp in overeenstemming met § 5, hierna "variabele subsidie" genoemd.

§ 4. De basissubsidie wordt berekend aan de hand van volgende methode :

0,25 euro × aantal deelnemers × duur in dagen.

§ 5. De variabele subsidie bedraagt 50 % van de volgens onderstaande methode berekende vergoeding voor de begeleiders :

duur in dagen × aantal uren × minimumtarief van de begeleiders.

Als minimumtarief, zoals bedoeld in het vorige lid geldt :

1. voor begeleiders uit categorie A : 13 euro;
2. voor begeleiders uit categorie B : 11 euro;
3. voor begeleiders uit categorie C : 9 euro;
4. voor begeleiders uit categorie D : 6 euro.

Leiders van sportkampen krijgen 3 euro/uur naast het minimumtarief voor categorie A respectievelijk B.

§ 6. Wanneer de minimumtarieven aan de begeleiders worden uitbetaald, resulteert de totale subsidie voor sportkampen uit de optelling van de basissubsidie en de variabele subsidie. Indien de aanvrager deze minimumtarieven niet uitbetaalt, wordt de totale subsidie voor sportkampen tot 60 % beperkt. »

Art. 5. Oefencentra voor topsporters.

Artikel 17 van datzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 17. Oefencentra voor topsporters.

De oefencentra voor topsporters ontvangen voor de uitoefening van hun opdrachten jaarlijks een subsidie van maximaal 80 % van de aanvaardbare kosten. De subsidiëring wordt naar gelang van de te vervullen kwaliteitsnormen vastgelegd in het kader van de in artikel 10, § 2, vermelde overeenkomst. »

Art. 6. Sportschutters.

Artikel 3 van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters wordt aangevuld met twee liggende streepjes met volgende tekst :

« — een door de gouverneur van een Belgische provincie uitgereikt document dat toestemming geeft voor het bezit van een vuurwapen waarvoor volgens de wapenwet een vergunning vereist is;

— een dagkaart in overeenstemming met artikel 5, 3e lid, nummer 1, van het koninklijk besluit van 13 juli 2000 tot bepaling van de erkenningsvoorwaarden van schietstanden. »

Art. 7. Verenigingen voor vreemdelingenverkeer.

Artikel 8 van het decreet van 17 februari 2003 betreffende de erkenning en bevordering van de verenigingen voor vreemdelingenverkeer en hun koepelorganisaties evenals informatiebureaus en informatieplekken wordt als volgt gewijzigd :

1. na het woord "kan" worden de woorden "een koepelorganisatie" ingevoegd;

2. na het woord "wanneer" worden de woorden "van de koepelorganisatie respectievelijk" ingevoegd.

Art. 8. Gastenkamers en Bed and Breakfast.

De titel van het decreet van 23 november 1992 betreffende vakantiewoningen, in laatste instantie gewijzigd bij het decreet van 1 maart 2004, wordt aangevuld met de woorden "Gastenkamers en Bed and Breakfast".

Art. 9. Gastenkamers en Bed and Breakfast.

In datzelfde decreet wordt het woord "Executieve" telkens door het woord "Regering" vervangen.

Art. 10. Gastenkamers en Bed and Breakfast.

In artikel 1 van datzelfde decreet worden de nummers *1bis* en *1ter* met volgende tekst ingevoegd :

« *1bis.* "Gastenkamers" : een of meerdere gemeubelde kamers die geen vakantiewoningen zijn en die in de woning en de verblijfplaats van de aanvrager liggen, met het oog op hun verhuring aan toeristen. Per aanvrager mogen er niet meer dan vijf gastenkamers worden uitgebaat;

1ter. "Bed and Breakfast": een of meerdere gemeubelde kamers die geen vakantiewoningen zijn met het oog op hun verhuring aan toeristen. Per eigenaar mogen er niet meer dan vijf verblijven van het type "Bed and Breakfast" worden uitgebaat; »

Art. 11. Gastenkamers en Bed and Breakfast.

In artikel 2 van datzelfde decreet worden volgende wijzigingen doorgevoerd :

1. in het eerste lid worden na het woord "vakantiewoning" de woorden "respectievelijk "gastenkamers", "Bed and Breakfast" ingevoegd;

2. in het tweede lid worden de woorden "omvat waarvan" vervangen door de woorden "respectievelijk als gastenkamer of als Bed and Breakfast omvat die" ersetzt.

Art. 12. Gastenkamers en Bed and Breakfast.

Artikel 5 van datzelfde decreet wordt als volgt gewijzigd :

1. na het woord "vakantiewoning" worden de woorden "respectievelijk "gastenkamers" of "Bed and Breakfast" ingevoegd;

2. de woorden "26 en 1 000 Belgische frank" door de woorden "26 en 1.000 euro" vervangen.

Art. 13. Gastenkamers en Bed and Breakfast.

Artikel 6 van datzelfde decreet wordt heringevoerd met volgende tekst :

« Artikel 6. Vanaf 1 januari 2015 moeten alle vakantiewoningen, gastenkamers en Bed and Breakfasts over een veiligheidsattest beschikken. Aanvragers die hun aanvraag om erkenning na 1 januari 2014 indienen, beschikken over een termijn van een jaar om hun veiligheidsattest te behalen. De regering bepaalt de nadere modaliteiten. »

Art. 14. Belgisch Radio- en Televisiecentrum.

In hoofdstuk I van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt een nieuw artikel 7.1 met volgende tekst ingevoegd :

« Artikel 7.1. De Regering waarborgt in de zin van artikel 138 van de wet van 27 oktober betreffende het toezicht op de instellingen voor bedrijfspensioenvoorziening de naleving van de verplichtingen die qua opbouw van wettelijke pensioenen resulteren uit de regeling voor de ouderdomsvoorzieningen van de BRF. »

HOOFDSTUK II. — *Werkgelegenheid en persoonsgebonden materies*

Art. 15. Sociaal-economische raad.

In artikel 2 van het decreet van 26 juni 2000 betreffende oprichting van een sociaal-economische raad van de Duitstalige Gemeenschap wordt een nummer met volgende tekst ingevoegd :

« 5. verslagen, onderzoeken en adviezen opstellen over alle aspecten die verband houden met discriminatie op de arbeidsmarkt. »

De door het eerste lid uitgevoerde wijziging heeft de vervollediging van de omzetting van de volgende richtlijnen tot doel :

1. Richtlijn 2000/43/EG van de Raad van 29 juni 2000 houdende toepassing van het beginsel van gelijke behandeling van personen ongeacht ras of etnische afstamming;

2. Richtlijn 2000/78/EG van de Raad van 27 november 2000 tot instelling van een algemeen kader voor gelijke behandeling in arbeid en beroep;

3. Richtlijn 2002/73/EG van het Europees Parlement en van de Raad van 23 september 2002 tot wijziging van Richtlijn 76/207/EEG van de Raad betreffende de tenuitvoerlegging van het beginsel van gelijke behandeling van mannen en vrouwen ten aanzien van de toegang tot het arbeidsproces, de beroepsopleiding en de promotiekansen, en ten aanzien van de arbeidsvoorwaarden.

Art. 16. Dienst voor arbeidsbemiddeling.

In artikel 7 van het decreet van 17 januari 2000 betreffende oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap wordt een § 3bis met volgende tekst ingevoegd :

« § 3bis. Onverminderd de besluitvaardigheid van de raad van bestuur verliest een organisatie of inrichting die voorstellen mag formuleren, tot het einde van het lopende mandaat van de raad van bestuur haar mandaat respectievelijk haar mandaten indien zij binnen de vastgelegde termijn noch een gemeenschappelijke vertegenwoordiger noch een afzonderlijke vertegenwoordiger voor het in te vullen mandaat respectievelijk voor de in te vullen mandaten aan de regering heeft voorgesteld in overeenstemming met § 2. »

Art. 17. Maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid.

In artikel 93, 2e lid, van de programmawet van 30 december 1988 wordt in de opsomming een punt c) met volgende tekst ingevoegd :

« c) handelsvennootschappen met rechtspersoonlijkheid en natuurlijke personen die een zelfstandige commerciële activiteit uitoefenen. »

Art. 18. Opdracht aan de regering.

In artikel 94, § 1 van diezelfde programmawet wordt een 5e lid met volgende tekst ingevoegd :

« De Regering legt, na de sociaal-economische raad te hebben gehoord, de categorieën handelsvennootschappen en werkgevers uit bepaalde activiteitensectoren vast die van de toekenning van de premie worden uitgesloten. »

Art. 19. Maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid.

Artikel 1, 1e lid van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen wordt door volgende tekst vervangen :

« Voor de toepassing van voorliggend besluit wordt onder het begrip "plaatselijke besturen" verstaan : de gemeenten, de verenigingen van gemeenten, behalve degene die een economisch doel nastreven, de autonome gemeentebedrijven die actief zijn in de domeinen cultuur, sport, toerisme of vrije tijd, onderwijs, sociale zaken, wetenschap of zorg, de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, de verenigingen van openbare centra voor maatschappelijk welzijn en de intercommunale centra voor maatschappelijk welzijn. »

Art. 20. Maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid.

Artikel 4, § 1, nummer 2 van datzelfde koninklijke besluit nr. 474 wordt door de volgende tekst vervangen :

« 2. het gesubsidieerde contractuele personeel in de niet-commerciële sector, zoals die gedefinieerd is in artikel 1 van het koninklijk besluit nr. 25 van 24 maart 1982 tot opzetting van een programma ter bevordering van de werkgelegenheid in de niet-commerciële sector, of in een autonoom gemeentebedrijf uitoefent die actief is in de domeinen cultuur, sport, toerisme of vrije tijd, onderwijs, sociale zaken, wetenschap of zorg. »

Art. 21. Gezondheidspromotie.

§ 1. De titel van het decreet van 1 juni 2004 inzake gezondheidspromotie, gewijzigd bij de decreten van 21 maart 2005 en van 25 juni 2007, wordt als volgt aangevuld : "en inzake medische preventie".

§ 2. In artikel 1, 1e lid, van datzelfde decreet worden de woorden "en de medische preventie" tussen het woord "gezondheidspromotie" en de woorden "in het Duitse taalgebied" ingevoegd.

In artikel 1 wordt een 3e lid met volgende tekst ingevoegd :

« Onder medische preventie worden de operationele strategieën verstaan die tot doel hebben de ziekte of haar ontwikkeling te vermijden en de risicogroep zo snel mogelijk te identificeren. »

§ 3. Na artikel 1 wordt een nieuwe titel voor het hoofdstuk ingevoegd met volgende tekst :

« Hoofdstuk *Ibis*. — Gezondheidspromotie »

§ 4. In datzelfde decreet wordt een nieuw hoofdstuk *Ibis* dat artikel 10.1 omvat, met volgende tekst ingevoegd :

« Hoofdstuk *Ibis*. — Medische preventie

Artikel 10.1. § 1. De Regering kan gespecialiseerde inrichtingen voor medische preventie in de Duitstalige Gemeenschap erkennen en ondersteunen. Gespecialiseerde inrichtingen buiten de Duitstalige Gemeenschap kunnen in opdracht van de Regering taken inzake medische preventie in de Duitstalige Gemeenschap op zich nemen.

§ 2. De Regering bepaalt de procedure en de voorwaarden voor de erkenning en ondersteuning van de in § 1 vermelde inrichtingen. De voorwaarden voor de erkenning hebben in het bijzonder betrekking op de uitrusting, de technische voorwaarden, de kwalificatie van het personeel en de kwaliteitscriteria voor de uitvoering van de maatregelen. »

KAPITEL III. — *Infrastructuur***Art. 22.** Contracting.

In het decreet van 18 maart 2002 over infrastructuur, gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003, 1 maart 2004, 17 mei 2004, 21 maart 2005, 20 februari 2006, 25 juni 2007, 17 maart 2008 en 23 juni 2008, wordt een nieuw artikel *3ter* met volgende tekst ingevoegd :

« Artikel *3ter*. Contracting.

Indien een aanvrager een contractingmaatregel heeft genomen, kan de Regering in het kader van een overeenkomst tot 30 % van de afbetalingen overnemen. De aanvrager heeft voor die maatregel dan geen recht op andere infrastructuursubsidies. »

Art. 23. Aanvrager.

In artikel 11, 2e lid, van datzelfde decreet wordt een nieuw nummer 11 met volgende tekst ingevoegd :

« 11. de inrichtende machten van zorgaanbiedingen zoals bedoeld in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen. »

Art. 24. Toezicht op bouwwerken.

In artikel 14, 1e lid, van datzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 1 maart 2004 en van 21 maart 2005, wordt het bedrag "400.000 EUR" door het bedrag "500.000 EUR" vervangen.

Art. 25. Waarborg van de Gemeenschap.

In artikel 27, nummer 4, van datzelfde decreet worden de woorden "minstens 0,5 %" geschrapt en niet vervangen.

Art. 26. Inrichting van aangepaste huurwoningen voor personen met een handicap.

Artikel 42 van datzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 42. Inrichting van aangepaste huurwoningen voor personen met een handicap.

De subsidie voor de bijzondere kosten die ontstaan door de inrichting van huurwoningen die aan de door de regering in overeenstemming met artikel 7, nummer 5, vastgelegde voorschriften beantwoorden, is beperkt tot maximaal 15.000 EUR. »

Art. 27. Ziekenhuizen.

Artikel *48bis* van datzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 februari 2003, wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel *48bis*. Overgangsbepaling ziekenhuizen.

Afwijkend van artikel 21, § 2 van voorliggend decreet kunnen werken aan de ziekenhuizen van de Duitstalige Gemeenschap die voor de inwerkingtreding zijn aangevat, gesubsidieerd worden indien deze geregeld worden in een van aanpassingen van de overeenkomst van 10 juli 1997 die de regering, het ziekenhuis Sankt Joseph in Sankt Vith en het Sankt Nikolaus Hospital in Eupen gesloten hebben over bouwmaatregelen aan beide ziekenhuizen. »

HOOFDSTUK IV. — *Diverse bepalingen***Art. 28.** Toezicht op de kerkfabrieken.

Artikel 7 van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied wordt uitgebreid met de woorden "en van de raad van het kerkfabriek".

Art. 29. Gemeenschapscentra.

Artikel *8bis*, 1e en 2e lid, van het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een dienst met autonoom beheer "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken", ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003 en gewijzigd bij het decreet van 1 maart 2004, worden door een lid met volgende tekst vervangen :

« De dienst beheert de activiteiten van het "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken", van het centrum Zentrums "Heidbergkloster, Haus Ternell und Wesertalsperre" en van het "Kultur-, Burg- und Begegnungszentrums Burg-Reuland. »

Art. 30. Elektronische formulieren.

Een elektronisch formulier van de Duitstalige Gemeenschap met de eventuele bijlagen dat onder de door de Regering bepaalde modaliteiten en voorwaarden is ingevuld, geldig verklaard en overgemaakt, wordt gelijkgesteld met een formulier op papier met dezelfde titel dat in overeenstemming met de decretale en reglementaire bepalingen is ingevuld, ondertekend en aan de betrokken administratie overgemaakt.

HOOFDSTUK V. — *Slotbepalingen***Art. 31.** Opheffende bepalingen.

Worden voor het Duitse taalgebied opgeheven :

1. artikel 7, §§ 6 tot 8, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de sociale zekerheid der arbeiders en de bijbehorende uitvoeringsbesluiten;

2. het koninklijk besluit van 28 november 1975 betreffende de exploitatie van bureaus voor arbeidsbemiddeling tegen betaling;

3. het ministerieel besluit van 1 december 1975 tot uitvoering van het koninklijk besluit van 28 november 1975 betreffende de exploitatie van bureaus voor arbeidsbemiddeling tegen betaling;

4. afdeling III met de artikelen 44 tot 52 van hoofdstuk I van titel II van het koninklijk besluit van 20 december 1963 betreffende arbeidsvoorziening en werkloosheid.

Art. 32. Inwerkingtreding.

De artikelen 3 tot 7, 15 en 25 van voorliggend decreet treden op 1 januari 2009 in werking.

De artikelen 17, 18 en 31 treden op de dag van goedkeuring van voorliggend decreet in werking.

Goedgekeurd door het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Eupen, 27 april 2009.

Stephan THOMAS,

griffier.

Louis SIQUET,

voorzitter.

Wij vaardigen het voorliggende decreet uit en gelasten dat het door het *Belgisch Staatsblad* zal worden gepubliceerd.

Eupen, 27 april 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Nota

Zittingsperiode 2008-2009.

Genummerde documenten :

145 (2008-2009). Nr. 1. Voorstel van decreet.

145 (2008-2009). Nr. 1-8. Voorgestelde amendementen.

145 (2008-2009). Nr. 9. Verslag.

Uitvoerig verslag : 27 april 2009. Nr. 12 (2008-2009). Discussie en stemming.